

109-1-32

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI  
ARCHIVNÍ A STUDIJNÍ ODBOR

Došlo

Čj. 109 - 1 / 32

Přílohy 6 listů S<sub>n</sub>

6 listů 40.2.2009 JmL

ST

S

I. A - 7/1942 gh.

Sicherheitsdienst RfH  
SD-Zeitabschnitt Prag  
III A B-SA 169

Prag-Bubentich, den 14. Mai 1942.  
Sachfenweg  
Fernsprecher 77444

Geheim

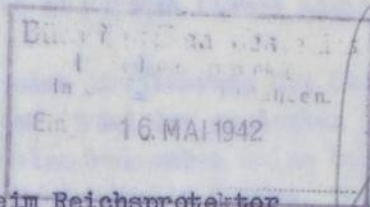
2344/12

1.) An

4-Obergruppenführer Heydrich,

Prag.

Burg.



2.) An den

Herrn Staatssekretär beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren,  
4-Gruppenführer K.H. Frank,

Prag.

Czernin-Palais.

Betr.: Umorganisation der reichseigenen Verwaltung  
im Protektorat.

Vorg.: Ohne.

Nachstehend wird ein Bericht über die im OLB Tabor beobachteten stimmungsmäßigen Auswirkungen der Umorganisationspläne für die reichseigene Protektoratsverwaltung mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt. Der Bericht kann nach den eingegangenen Meldungen auch als Stimmungsniederschlag der angeschnittenen Frage für die anderen Oberlandratsbezirke gelten und zeigt, welche Kreise die Umorganisationspläne - vor allem auch unter den Tschechen - bereits gezogen haben.

In diesem Zusammenhange wurde auch darauf hingewiesen, daß sich die Umorganisation deshalb verzögert habe, weil Reichsminister Lammers im Gegensatz zum Amt des Reichsprotectors und Staatssekretär Stuckart die Ansicht

b.w.

St. S. I. A. - 7/48 gh.

vertrete, die dahingehenden Vorschläge müssten dem Führer vorgelegt werden, was zur Zeit nicht möglich sei. Eine weitere Hinauszögerung oder etwaige Nichtdurchführung der Umorganisation könne jedoch einen Prestigeverlust der deutschen Führung im Protektorat nach sich ziehen, da behauptet werden würde, diese sei beim Führer mit ihren Plänen nicht durchgedrungen:

"Unter der tschechischen Bevölkerung des Oberlandratsbezirkes Tabor konnte auf Grund der geplanten Auflösung bzw. Umorganisation des Oberlandratsamtes keine besondere stimmungsmäßige Auswirkung festgestellt werden. Lediglich in den Städten Mühlhausen und Kamnitz an der Linde, wo die bisherigen Bezirksbehörden aufgelöst wurden, macht sich die Bevölkerung Sorge und befürchtet, daß sich künftighin die Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten umständlicher und schwieriger gestalten würde. Naturgemäß werden in diesen Orten auch nichtssagende Gerüchte verbreitet. Die Bevölkerung der übrigen Orte im Oberlandratsbezirk Tabor nahm bisher von der ganzen Sache fast überhaupt keine Notiz. In Kreisen der Arbeiterschaft und minderbemittelten Bevölkerung von Beneschau wird ganz allgemein davon gesprochen, daß binnen kurzer Zeit die Protektoratsverwaltung von einer deutschen Verwaltung abgelöst und die deutsche Sprache als Landessprache eingeführt werde. Diese Maßnahme habe aber auf die erwähnten Bevölkerungsteile keinerlei Einfluss, die Jugend werde eben in der Schule deutsch lernen. Wer das Land verwalte, könne jedem Tschechen egal sein, wichtig sei nur, daß ein Einkommen und genügend Lebensmittel vorhanden sind.

Mit weitaus größerem Interesse verfolgen dagegen die tschechische Intelligenz und ganz besonders die deutschen Beamten des Oberlandratsamtes Tabor den Verlauf der Umorganisation. Die ersten Gerüchte über eine bevorstehende Umorganisation der deutschen Behörden sickerten bei den Angehörigen des Oberlandratsamtes in Tabor etwa Anfang Februar 1942

b.w.

durch. Bis dahin hatte dieses Gerücht einen sehr allgemeinen Charakter, sodaß die Mehrzahl der hiesigen Deutschen die zu erwartenden Maßnahmen nicht sehr ernst nahmen.

Einen sehr realen Untergrund erhielten die Vermutungen dann aber durch die Ankündigungen zu Ende Februar, daß ein Teil der Gefolgschaft des Oberlandratsamtes und auch der Oberlandrat selbst eingezogen würden. Ferner waren Nachrichten, wenn auch nur in unbestimmter Form, bekannt geworden über eine tatsächliche Umorganisation des deutschen Behördenwesens im Protektorat. Die Quelle hierfür war meistens die persönliche Wahrnehmung eines Beamten oder Angestellten, der dienstlich in Prag bei der Behörde des Reichsprotectors zu tun hatte und dort von meist unberufenen oder auch manchmal berufenen Angehörigen dieses Amtes bestimmte Andeutungen in dieser Form erhielt. Sehr bald war auf diese Weise auch bekannt geworden, daß der Vertreter des Oberlandrats, Regierungsrat Rotberg, komm. Bezirkshauptmann in Tabor werden sollte. Weiter wurde die Auflösung des Oberlandratsamtes in Tabor als nunmehrige unumstößliche Tatsache angesehen, die bald zu erwarten sei. Der Angehörigen des Oberlandratsamtes bemächtigte sich alsbald eine große Beunruhigung, da bekannt geworden war, daß an den bisherigen Bezirksbehörden deutsche Bezirksbehörden oder doch zumindestens deutsche Abteilungen gebildet werden sollen. Jeder war sich über sein ferneres Schicksal im Ungewissen und versuchte nun durch Fragen bei allen möglichen Stellen sich Klarheit zu verschaffen. Auffällig war, daß die tschechische Bevölkerung bald darauf von den beabsichtigten Maßnahmen Kenntnis erhielt und zum Teil besser unterrichtet war als die deutschen Stellen. Es muss jedenfalls darauf hingewiesen werden, daß sowohl Deutsche wie auch Tschechen nunmehr mit einer Auflösung des Amtes und mit der Bildung neuer Behördenformen rechneten. Es kam dann soweit, daß auch die Bevölkerungskreise außerhalb Tabor, oft in den entferntesten Gegenden des Oberlandratsbezirkes von der beabsichtigten Umorganisation Kenntnis erhielten. Tatsache ist, daß wohl kein politisch interessierter Mensch deutscher oder tschechischer Nationalität nicht von der beab-

sichtigten Neuordnung Kunde erhielt.

Einen amtlichen Anstrich bekam dieses Problem, als Ende März durch einen Geheimerlass die Aktenaufteilung der Vorgänge am Oberlandratsamte bezirksweise angeordnet wurde. Die Ausführung dieses Erlasses konnte aus erklärlichen Gründen nicht geheimgehalten werden.

Inzwischen bekam die ganze Angelegenheit ein neues Gesicht durch heftige Bemühungen des deutschen Leiters des Arbeitsamtes Tabor um das Amtsgebäude des Oberlandrats. Hierüber wurde bereits in tschechischen Kreisen derart geredet, daß von großen Zerwürfnissen zwischen dem zukünftigen deutschen Bezirkshauptmann in Tabor und diesem Arbeitsamtsleiter die Rede war. Sogar die Nachfolge in der Dienstwohnung des Oberlandrates wurde bereits zum Gegenstand der Debatte gemacht. Der Oberlandrat selbst soll auch verschiedenen Persönlichkeiten hierüber Andeutung gemacht haben. Jedenfalls war ein wüstes Gerüchtemachen und teilweise auch Hetzen, letzteres gerade unter den Deutschen, die Folge der lang andauernden Organisationspläne. Infolge des nunmehrigen amtlichen Anstriches der Umorganisation wurde für April oder doch zumindestens für Anfang Mai auch die tatsächliche Durchführung dieser Maßnahmen erwartet.

Infolge dieser Erwartungen erfuhr auch die Arbeitsweise am Oberlandratsamt eine grundlegende Änderung. Neue Vorgänge oder neue Maßnahmen wurden häufig nicht mehr eingeleitet, da doch mit einer baldigen Auflösung zu rechnen sei und man ihre Durchführung dann lieber den neugeschaffenen Behörden überlassen wolle. Der Arbeitswille und die Dienstfreudigkeit ließen unter diesen Eindrücken merklich nach, da jeder doch bald mit einem neuen Tätigkeitsfeld rechnete. Die Auswirkung auf die tschechischen Stellen ist auch nicht zu verkennen. Diese rechneten, wenn auch nicht offen zugegeben, auch mit einer baldigen Auflösung des Oberlandratsamtes und stellten sich schon auf eine Verstärkung der unmittelbaren dienstlichen Beziehungen zu der nunmehr auch deutschgeleiteten Landesbehörde in Prag ein. Die Beauftragung deutscher Beamten mit leitenden Stellungen

innerhalb der autonomen Verwaltung wurde jedenfalls, im Ganzen genommen, als eine Stärkung des deutschen Einflusses erkannt und gewertet. Die tschechischen Amtsstellen sahen sich unter stärkere Kontrolle gestellt als dies bei der bisherigen Doppelgleisigkeit der Verwaltung möglich war.

In diese allgemein gespannte und von Erwartungen erfüllte Übergangszeit kam eine zunächst unbestimmte und dann genauere Formen annehmende Nachricht von einer Hinausschiebung aller Organisationsmaßnahmen. Wie verschiedenen Angehörigen des Oberlandratsamtes Tabor von Persönlichkeiten vom Amt des Reichsprotektors erklärt wurde, soll die endgültige Entscheidung über die Umorganisation hinausgeschoben sein und zur Zeit bei einer höheren Stelle als dem Reichsprotector selbst liegen. Diese Verzögerung sei dadurch notwendig geworden, weil die beabsichtigte Umorganisation eines ihrer wesentlichsten Ziele, nämlich die Freistellung deutscher Behördenangehörigen für die Wehrmacht, nicht erreicht habe. Die Folge dieser neuerlichen Nachricht bei den deutschen Behördenangehörigen war diesmal lähmend. Jetzt weiß überhaupt niemand mehr, woran er ist. Sie hat auf die Dienstfreudigkeit aller Behördenangehörigen sehr nachteilig gewirkt. Vielfach wird nun die Ansicht vertreten, jetzt wird also wieder "weitergewurstelt".

Aus allen oben angeführten Gründen kann betont werden, daß die Verzögerung der Entscheidung für den gesamten Dienstbetrieb innerhalb der rein deutschen Zuständigkeiten sowohl wie auch bei der Aufsicht über die Protektoratsbehörden sich recht nachteilig ausgewirkt hat. Konnte schon die lange Hinausschiebung aller Maßnahmen bei den tschechischen Ämtern den Eindruck erwecken, daß auch die Deutschen in Organisationsfragen nicht solche Meister seien, wie man es oft hinstellte, so wird sich, sollte die Entscheidung überhaupt aufgehoben werden, dieses als ein großer Prestigeverlust der deutschen Stellen auswirken. Es ist noch nicht bekannt geworden, ob die Tschechen bereits von dieser Verzögerung der beabsichtigten Maßnahmen Kenntnis erhalten haben. Die Herbeiführung einer baldigen Entscheidung im Sinne einer plannässigen und tragbaren

b.w.

Neuorganisation würde aber von den meisten beteiligten Stellen als eine Erlösung begrüßt werden.

Hierbei wird in deutschen Behördenkreisen nicht verkannt, daß die ursprünglich breit angelegte Neubildung deutscher Dienststellen innerhalb der Protektoratsverwaltung etwas überspitzt erschien und daß nur dadurch eine Abstellung deutscher Behördenangehörigen zur Wehrmacht unmöglich wurde. Es wurde nicht recht eingesehen, warum ausgerechnet in rein tschechischen ländlichen Bezirken, ohne jede über das normale Maß hinausgehende Aufgabenstellung, deutsche Abteilungen gegründet werden sollten mit mehreren deutschen Beamten und Angestellten oder gar ein deutscher Bezirkshauptmann eingesetzt werden sollte. Man hätte es als ausreichend angesehen, wenn diese Bezirke während des Krieges gewissermaßen als Außenstellen der geschäftsführenden deutschen Bezirksbehörde weitergearbeitet hätten. Jedenfalls wäre damit nach Ansicht einsichtiger deutscher Beamten eine erhebliche Einsparung deutscher Kräfte und trotzdem eine weitgehende Beendigung der Doppelverwaltung erreicht worden."

*Lacy*  
Strombannführer